

PROTOKOLL

über die öffentliche Sitzung des Rates der Gemeinde Hilter a.T.W. am 29.08.2013 in der Aula der Süderbergschule, Natruper Straße 7, 49176 Hilter a.T.W.

Anwesend waren:

Ratsvorsitzender

Ratsvorsitzender Wenner

Bürgermeister

Bürgermeister Schewski

Ratsmitglieder

Ratsmitglied Abendroth
Ratsmitglied Baumann
Ratsmitglied Behrenswerth
Ratsmitglied Biesenkamp
Ratsmitglied Dütemeyer
Ratsmitglied Ellguth
Ratsmitglied Hellmich
Ratsmitglied Herden
Ratsmitglied Herder
Ratsmitglied Kappelmann
Ratsmitglied Kavermann
Ratsmitglied Kleine-Albers
Ratsmitglied Krampe
Ratsmitglied Krebs
Ratsmitglied Meyer zu Bergsten
Ratsmitglied Pohlmann
Ratsmitglied Rottmann
Ratsmitglied Schulte-Uffelage
Ratsmitglied Telkämper
Ratsmitglied Uthoff
Ratsmitglied Vogelsang

es fehlten entschuldigt

Ratsmitglied Krüger
Ratsmitglied Wiesmeier

von der Verwaltung

Herr Flaspöhler
Herr Kallmeyer
Herr Rüter
Herr Schweer
Frau Spriewald als Protokollführerin

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Meyer-Kietzmann

Beginn: 19:00 Uhr**Ende:** 20:15 Uhr

Die Mitglieder des Rates waren am 19.08.2013 schriftlich unter Mitteilung der folgenden Tagesordnung eingeladen worden:

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Verwaltungsbericht
4. Geplanter Bau einer 380 kV-Freileitung - Ratsresolution
5. Beratung und Beschluss über die Planungsvariante des An-, Um-, Neubaus des Feuerwehrgerätehauses der OW Hilter
6. Mitteilungen und Anfragen

Zu TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

RV Wenner eröffnet die öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Er teilt mit, dass die öffentliche Sitzung vor dem TOP 4 unterbrochen wird, um der Bürgerinitiative „Keine 380 kV-Freileitung – Bürger für die Erdverkabelung“ die Möglichkeit einzuräumen, ihr Anliegen näher zu erläutern.

Zu TOP 2: Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen vorgetragen.

Zu TOP 3: Verwaltungsbericht

BM Schewski trägt den dieser Niederschrift als Anlage beigefügten Verwaltungsbericht vor.

Im Anschluss hieran unterbricht RV Wenner die öffentliche Sitzung für den Vortrag der Bürgerinitiative „Keine 380 kV-Freileitung – Bürger für die Erdverkabelung“.

Im Rahmen einer kurzen Aussprache wird es für wichtig erachtet, dass seitens der Bürgerinitiative eine Einbindung der betroffenen Bevölkerung in den Verfahrensprozess erfolgt.

Zu TOP 4: Geplanter Bau einer 380 kV-Freileitung - Ratsresolution

RV Wenner trägt vor, dass seitens der Bürgerinitiative „Keine 380 kV-Freileitung“ die Bitte an den Rat herangetragen worden sei, eine Resolution zu verabschieden, in der sich die Gemeinde Hilter a.T.W. für die Erdverkabelung der geplanten 380 kV-Leitung zwischen Lüstringen und Gütersloh ausspricht.

Ein Entwurf der Resolution liegt allen Ratsmitgliedern vor. Im Zuge der Beratungen im VA am 27.8.2013 seien hierin noch zwei textliche Anpassungen vorgenommen worden. RV Wenner verliest anschließend die geänderte Fassung.

Die Vertreter aller Fraktionen und Gruppen im Rat geben im Folgenden ihre Stellungnahme ab und unterstützen ausdrücklich die Verabschiedung einer Resolution.

Frau Vogelsang regt an, die Pos. 3 aus der Resolution komplett herauszustreichen. Hierdurch soll sichergestellt werden, dass die Freileitung keine Alternative darstelle.

Die Mitglieder des Rates schließen sich dieser Anregung an und beschließen daraufhin einstimmig die diesem Protokoll als Anlage beigefügte Resolution.

Zu TOP 5: Beratung und Beschluss über die Planungsvariante des An-, Um-, Neubaus des Feuerwehrgerätehauses der OW Hilter

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Betr-A führt Herr Uthoff kurz in den Sachverhalt ein. Er hebt in seinen Ausführungen positiv hervor, dass der nunmehr vorliegende Vorschlag zum An- und Umbau des Feuerwehrgerätehauses einstimmig aus den Beratungen des FachA hervorgegangen sei.

In Ergänzung zu den Ausführungen des Betr-A-Vorsitzenden erläutert BM Schewski anschließend nochmals den Werdegang in dieser Angelegenheit. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Die Feuerwehrunfallkasse beabsichtige, ohne intensive bauliche Veränderungen die Betriebserlaubnis zu verweigern. Während das vom Arbeitskreis entwickelte Raumprogramm in Bezug auf einen An-, Um-, Neubau ergebnisoffen ist, haben sich im Verlauf der Beratungen die Möglichkeiten letztendlich auch aus Mangel an Alternativen auf eine Umbauvariante im Bestand reduziert.

Danach gibt BM Schewski noch einen kurzen Ausblick auf die weitere Verfahrensweise. Für die Pläne wird ein Wettbewerb ausgelobt, an dem insgesamt 20 Architekturbüros beteiligt werden sollen. Die vier besten Konzepte werden von einer Jury prämiert.

In der sich anschließenden Erörterung werden die im Verlauf der bereits stattgefundenen Zusammenkünfte vertretenen Standpunkte zu den Planungsvarianten nochmals dargelegt.

Bei einem Neubau seien Vorteile vor allem im Hinblick auf Funktionalität, Kostensicherheit und Hilfsfristen gesehen worden. In diesem Zusammenhang wird der langwierige Entscheidungsprozess angesprochen. Womöglich hätten andere Voraussetzungen hier zu einem anderen Ergebnis geführt.

Mit den vorgesehenen Planungen im Altbestand werden Kompromisse eingegangen. Seitens des Rates werden auch die Auswirkungen auf die städtebauliche Entwicklung im Bereich der Münsterstraße angesprochen. Insgesamt stelle diese Alternative jedoch eine gute Lösung dar, um den Forderungen der FUK gerecht zu werden.

Zudem dürfe nicht außer Acht bleiben, dass aufgrund von Gewerbesteuererhöhungen eine Neuverschuldung der Gemeinde eintreten wird, so dass auch künftig im Hinblick auf die Realisierung kostengünstig und wirtschaftlich gehandelt werden müsse.

Ratsherr Kappelmann vermag sich dem vorliegenden Raumprogramm nicht anzuschließen und gibt bekannt, dass er dem vorliegenden Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde.

Danach wird durch die Mitglieder des Rates folgender Beschluss gefasst:

„Am Bestandsstandort wird ein Anbau mit maximal 648 m² Nutzfläche (ohne Verkehrsfläche) und ein Umbau sowie eine Sanierung der Bestandsgebäude zur Planung ausgelobt.

Grundlage ist das im Arbeitskreis erarbeitete Raumprogramm.

Als Grundstücksfläche stehen die Fläche des Bestandsgebäudes Münsterstr. 16 sowie eine Teilfläche des Grundstücks Münsterstraße 18 mit einer Grundstückstiefe von ca. 43 m zur Verfügung.

Der Anbau des Bestandsgebäudes (Schulungsraum, Küche, WC-Anlagen und Eingangsbereich) wird im auszulobenden Architektenwettbewerb in die Planungen miteinbezogen.

Die Planung soll auf der Grundlage des Raumprogramms unter vollständiger Ausnutzung der Bestandsflächen und unter Berücksichtigung einer besonders hohen Kosteneffizienz erfolgen.“

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
0 Enthaltungen

Zu TOP 6: Mitteilungen und Anfragen
Keine

Ratsvorsitzender

Protokollführerin

Bürgermeister

Ratssitzung am 29. August 2013

Verwaltungsbericht

Der Verwaltungsbericht fällt heute sehr kurz aus. Es handelt sich heute um eine Ratssitzung, die zusätzlich zum regelmäßigen Turnus stattfindet. Daher ergeben sich nicht allzu viele Punkte für den Verwaltungsbericht. Die meisten Themen, die hauptsächlich beschäftigen, stehen heute im weiteren Verlauf auf der Tagesordnung.

Das sind die Planungen und Überlegungen zum Thema Um- oder Neubau des Feuerwehrhauses und die geplante Stromtrasse.

Suche nach neuen Gewerbegebieten

Auf Grund der Tatsache, dass die Gemeinde Hilter nur noch über Restflächen verfügt, ist die Suche nach weiteren neu auszuweisenden Gewerbegebieten intensiviert worden. Hier haben verschiedene Gespräche mit verantwortlichen Behördenvertretern stattgefunden, ein Gutachten liegt im Entwurf vor.

Baugebiet Borgloher Schweiz, 2. Bauabschnitt

Die Erschließung des Baugebietes läuft im vollem Gange. Parallel hat die NLG mit der Vermarktung begonnen. Die Vermarktung läuft sehr gut an. 8 der 22 neuen Grundstücke sind bereits reserviert.

Resolution
des Rates der Gemeinde Hilter a.T.W.
vom 29. August 2013

„Der Rat der Gemeinde Hilter a.T.W. stellt sich solidarisch an die Seite der engagierten Bürgerinnen und Bürger, die das geplante Vorhaben „Aufbau einer 380 kV-Freileitung“ im Bereich des Ortsteils Borgloh aufgrund seiner erheblichen Auswirkungen auf Mensch, Landschaft, Natur und Umwelt kritisch begleiten und erklärt folgende Forderungen und Feststellungen:

1. Der Vorhabenträger, die Firma Amprion GmbH, sowie die Regierungsvertretung Oldenburg als zuständige Planungsbehörde werden aufgefordert, die Bevölkerung im Bereich der Trassenplanung in allen betroffenen Ortsteilen der Gemeinde Hilter a.T.W. umfassend zu informieren und in den Verfahrensprozess einzubinden.
2. Um die Auswirkung auf die Schutzgüter (Mensch, Tiere, Pflanzen, Landschaft, Kultur- und Sachgüter etc.) zu minimieren, wird festgestellt, dass nur eine Ausschöpfung der Erdkabeloption den Ansprüchen gerecht werden kann.
Sollte eine Erdverkabelung umgesetzt werden, sind die finanziellen Einbußen durch die Flächeneingriffe angemessen zu entschädigen.
3. Da eine Erdverkabelung eine deutlich höhere Akzeptanz in der Bevölkerung hat, ist davon auszugehen, dass bei einer unterirdischen Leitungsverlegung die Projektumsetzung zügiger ablaufen wird, da von erheblich kürzeren Planungszeiträumen auszugehen ist. Gerade dadurch kann der übereinstimmende Wille des Gesetzgebers und der Vorhabenträger zur schnellen Fertigstellung der Transportnetze umgesetzt werden.
4. Für den Fall, dass der Vorhabenträger eine Erdverkabelung aufgrund einer ggf. nicht eindeutigen rechtlichen Grundlage ablehnen sollte, wird die Regierungsvertretung in Oldenburg aufgefordert, den Verfahrensprozess anzuhalten, bis eindeutige gesetzliche Regelungen vorliegen, zumal durch eine weitgehende Erdverkabelung wahrscheinlich eine andere Trassenführung möglich werden könnte.“